

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES NORDRHEIN-WESTFALEN



Liebe Genossinnen und Genossen,

unsere Klage gegen den Kommunalwahltermin am 7. Juni war erfolgreich! Das Landesverfassungsgericht in Münster hat die Wahltrickserei der Regierung Rüttgers gestoppt, die Wahl der neuen Räte und Bürgermeister um über vier Monate vorzuziehen, während die alten noch im Amt sind. Das Urteil ist ein Sieg der Demokratie.

Doch die Landesregierung will weiter tricksen. Anstatt die beste Lösung zu nehmen und die Kommunalwahl auf den Tag der Bundestagswahl am 27. September zu legen, wollen CDU und FDP einen zusätzlichen Wahltermin am 30. August durchpeitschen. Je niedriger die Wahlbeteiligung, desto mehr Stimmen für CDU und FDP, so das Kalkül. Die unverschämte Wahltrickserei der Regierung Rüttgers geht weiter. Das zeigt: CDU und FDP haben Angst vor den Wählerinnen und Wählern!

Der Wahltermin am 30. August kostet laut Steuerzahlerbund mindestens 42 Millionen Euro – eine unverantwortliche Verschwendung von Steuergeld. Wir machen jetzt Druck mit Unterschriftenaktionen auf der Straße und im Internet (www.nrwspd.de), die Kommunal- mit der Bundestagswahl zusammenzulegen. Bitte beteiligt Euch intensiv an diesen Aktionen.

Die SPD in Nordrhein-Westfalen ist gut aufgestellt. Wir haben kompetente Kandidatinnen und Kandidaten in den Kommunen. Wir kümmern uns um die Menschen in den Städten und Gemeinden. Und wir können Wahlkampf. Das haben wir oft genug bewiesen. Wir werden mit der veränderten Situation professionell umgehen und am Ende ein gutes Ergebnis erzielen. Dabei wird Euch der Landesverband nach Kräften unterstützen.

Klar ist nun auch: Die Europawahl liegt jetzt vor der Kommunalwahl. Jetzt muss unsere volle Konzentration darauf gerichtet sein, diese Wahl am 7. Juni zu gewinnen, um Rückenwind für die weiteren Wahlentscheidungen in 2009 und 2010 zu bekommen. Wenn wir jetzt die Ärmel hochkrempeln und gemeinsam anpacken, werden wir bei den vor uns liegenden Wahlen erfolgreich sein!

Eure Hannelore Kraft



ATOMKRAFT SCHADET NRW

SPD setzt auf erneuerbare Energien und heimische Kohle

von Norbert Römer, stellv. Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

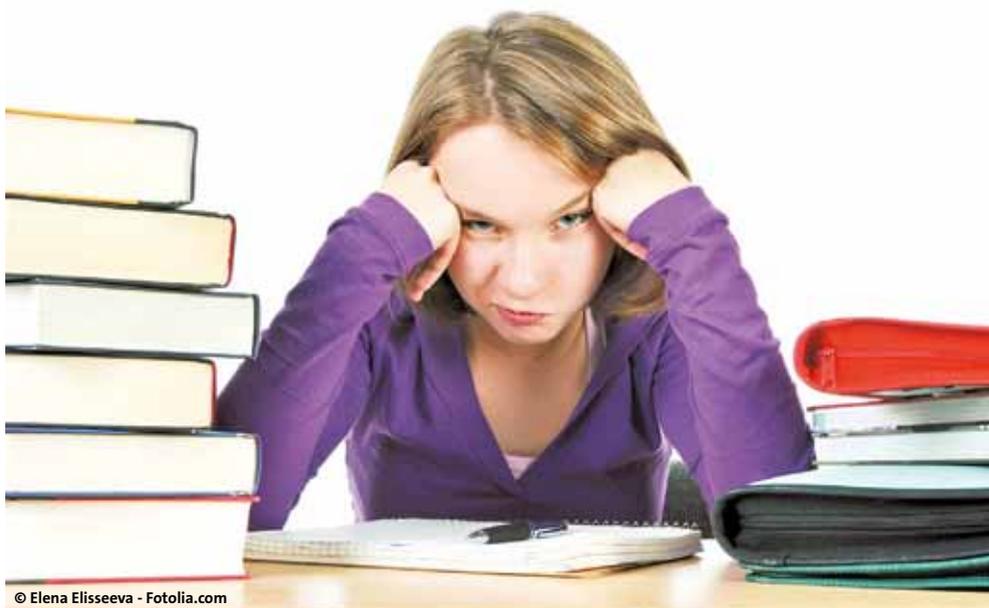
Jetzt ist die Katze aus dem Sack: CDU und FDP wollen NRW wieder zum Atomland machen. CDU-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers und FDP-Innovationsminister Andreas Pinkwart ziehen den Karren für die Atomlobby in den Energiekonzernen. Die Energiekonzerne wollen den Atomkonsens und das Gesetz zum Ausstieg aus der Atomenergie rückgängig machen. Für diesen Vertragsbruch brauchen sie CDU und FDP, die ihnen bereitwillig zur Seite springen.

Wir machen dieses miese Spiel nicht mit. Atomkraft hat sich überlebt. Die guten Gründe für den Ausstieg bleiben gültig. Wir wollen die Lasten der Atomenergie begrenzen, damit unsere Kinder und Enkel nicht noch mehr darunter leiden müssen. Weltweit spielt die Atomenergie kaum eine Rolle. Ihr Anteil am Endenergieverbrauch nimmt ständig ab, er beträgt gerade mal 2,5 Prozent. In Europa werden zur Zeit zwei Atomkraftwerke neu gebaut. Mit vielen Schwierigkeiten, enormem Kapitalaufwand und großen Zeitverzögerungen. Die angeblich zunehmenden Ausbaupläne stehen seit Jahren nur auf dem Papier. Das Endlagerproblem ist immer noch nicht gelöst.

Jetzt werben CDU und FDP mit dem süßen Gift angeblich günstiger Strompreise bei länger laufenden Atomkraftwerken. Das ist reine Stimmungsmache. Wenn dies so wäre, könnten die Preise schon heute gesenkt werden. Die Gewinne der Energiekonzerne explodieren aber selbst in der Krise. Darunter leiden Verbraucherinnen und Verbraucher, stromintensive Betriebe geraten in Existenznot.

Die SPD in NRW hat sich schon lange von der Atomenergie verabschiedet. Wir setzen auf heimische Rohstoffe, auf unsere Braunkohle und Steinkohle und auf einen ständig wachsenden Anteil von erneuerbaren Energien. Und wir wollen diese in neuen hocheffizienten Kraftwerken einsetzen. Daneben brauchen wir auch große Anstrengungen für neue Einspartechniken und Effizienztechnologien. Wir wollen die knappen und teuren Rohstoffe auch dadurch schonen, dass wir mehr Energie und Strom aus ihnen herausholen. Unsere Industrie und unsere hochqualifizierten Belegschaften bieten dafür eine gute Basis. Wir wollen diese Chancen nutzen. Das sind aktiver Klimaschutz und zukunftsweisende Energiepolitik in einem Konzept. Das ist Klima- und Energiepolitik für die Menschen, nicht unbedingt für die Kassen der Konzerne.

Wir wollen den Klimaschutz zum Fortschrittsmotor machen. Für unsere Industrie, unsere Wirtschaft und für unsere Arbeitsplätze. Deshalb drücken wir aufs Tempo. Längere Laufzeiten für Atomkraftwerke würden diesen Modernisierungsprozess gefährden. Das schadet NRW. Die Regierung Rüttgers nimmt diesen Schaden billigend in Kauf, um sich bei der Atomlobby der Energiekonzerne anzubiedern. Das ist unverantwortlich. ■



© Elena Elisseeva - Fotolia.com

Die Schulpolitik der NRW-Landesregierung: **NICHTS ALS LEERE VERSPRECHUNGEN**

von Ute Schäfer, stellvertretende Vorsitzende der NRWSPD
und bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

„Versprochen – gebrochen“ lautet das Markenzeichen der nordrhein-westfälischen Landesregierung in der Schulpolitik. Die großspurigen Versprechungen, die Jürgen Rüttgers vor seinem Amtsantritt Schülern/innen, Lehrern/innen und Eltern immer wieder gemacht hat, sind wie Seifenblasen zerplatzt.

Vor der Landtagswahl 2005 wurde Jürgen Rüttgers nicht müde, den Menschen in Nordrhein-Westfalen kleinere Klassen zu versprechen. Dieses zentrale Wahlversprechen wurde von Schulministerin Sommer jetzt offiziell einkassiert. Ein eindeutiger Wortbruch.

Auch bei Rüttgers Credo „Keine Experimente auf dem Rücken der Kinder“ macht sich nun Ernüchterung breit. Wir erinnern uns an das peinliche Pannenabitur mit dem „Oktaeder des Grauens“, das Kopfnotenchaos und das Turboabitur, das ohne passende Bücher und ohne angepasste Lehrpläne Hals über Kopf eingeführt wurde. Diese Beispiele zeigen, wie plan- und verantwortungslos die Landesregierung in der Schulpolitik experimentiert. Leidtragende sind die Schülerinnen und Schüler in NRW.

Bei der Ausstattung des Ganztages an weiteführenden Schulen lässt die Regierung Rüttgers die Kommunen im Regen stehen. Erst nach massivem Druck stellte sie ein Mini-Investitionsprogramm für den Ganztage an Realschulen und Gymnasien auf. Allerdings gilt hier nicht die übliche Förderung von 90 (Land) : 10 (Kommune). Wenn die Städte und Gemeinden 100.000 Euro an Landesmitteln bekommen möchten, müssen sie gleichzeitig selbst 100.000 Euro kommunales Geld zur Verfügung stellen! Diese 50:50 Förderung ist von vielen Kommunen schlichtweg nicht finanzierbar.

Es ist der Bundesregierung und dem Engagement von Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier zu verdanken, dass den Kommunen jetzt etwas Last von den Schultern genommen wird. Da das Konjunkturpaket II seinen Schwerpunkt in der Bildungspolitik hat, kommen die Investitionen auch dem Ganztage zugute.

Die Landesregierung bricht in der Bildungspolitik aber nicht nur reihenweise Versprechen, es wird auch getrickst und getäuscht. 2008 verkündete das Schulministerium, neue Lehrerstellen gegen Unterrichtsausfall und für individuelle Förderung eingeführt zu haben. Eine eigens von der Landesregierung präsentierte Unterrichtsausfallstatistik beweist aber: die immer wieder vorgegaukelte Lehrstellenversorgung stimmt nicht. In Wahrheit existieren 5.800 Lehrerstellen nur auf dem Papier!

Insgesamt wird deutlich: Die Schulpolitik der schwarz-gelben Landesregierung befindet sich in der Sackgasse. Eine handwerklich gute und fachlich fundierte Schulpolitik, die allen Schülerinnen und Schülern gleiche Chancen bietet, ist nur mit der NRWSPD möglich. ■

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

Es ist unverkennbar: Angesichts der vor uns liegenden Wahlen laufen auf allen politischen Ebenen der Partei die Vorbereitungen auf Hochtouren. Zwischen Juni 2009 und Mai 2010 finden die Europa-, Kommunal-, Bundestags- und Landtagswahlen statt. Das heißt für uns in NRW: Vier entscheidende Wahlen in elf Monaten. Eine solche Dichte von Wahlterminen hat es selten gegeben. Sie stellt uns alle vor gewaltige Herausforderungen – in organisatorischer und auch in programmatischer Hinsicht. Der Landesverband wird alle Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer vor Ort nach Kräften unterstützen. Wir werden Euch von heute an regelmäßig im „Inform“ über den Stand der Wahlkampf vorbereitung unterrichten. Wir freuen uns über Hinweise und Anregungen.

Der von der NRWSPD und der SGK in Nordrhein-Westfalen organisierte Kommunalkonvent ist ein klares Signal, dass wir die Wahlen in den Städten, Gemeinden und Kreisen Nordrhein-Westfalens überaus ernst nehmen. Ein überzeugendes Ergebnis bei der Kommunalwahl wird uns den nötigen Schub für die folgenden Entscheidungen geben.

Auch durch die von der Landesregierung veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen – wie beispielsweise den Wegfall der Stichwahl bei den OB- und Bürgermeisterwahlen – lassen wir uns nicht beeindrucken. Die SPD hat sich in den letzten beiden Jahren bei außerplanmäßigen Bürgermeisterwahlen mit ihren Kandidatinnen und Kandidaten mehrfach zum Teil auch überraschend gut durchgesetzt. Daher: Lasst Euch nicht verwirren von fragwürdigen Umfragen. Wasserstandsmeldungen sind nicht unser Ding. Wir werden gewinnen. Das zählt.

Wir können optimistisch sein, weil unser Programm stimmt: Die SPD vertritt kraftvoll die Interessen der Kommunen. Das war so, als es um den Erhalt und die Revitalisierung der Gewerbesteuer ging. Und auch beim Kampf um den Erhalt der Sparkassen hat die SPD in Nordrhein-Westfalen frühzeitig und konsequent Flagge gezeigt. Das jüngste Konjunkturpaket, welches den Kommunen erhebliche Mittel für Investitionen bereitstellt, trägt eindeutig die Handschrift der SPD.

Richtig ist: Wir können mit unserem Ergebnis bei den letzten beiden Kommunalwahlen nicht zufrieden sein. Aber: Im Gegensatz zur SPD hat die CDU in Nordrhein-Westfalen bei der letzten Kommunalwahl enorm an Zustimmung eingebüßt und einen Verlust von rund sieben Prozent hinnehmen müssen. Die CDU hat zwischen 1999 und 2004 in den Städten und Gemeinden rund 200 Mandate verloren, während die SPD hier stabil geblieben ist.

Der negative Trend bei der Union muss und wird sich fortsetzen, wenn wir engagiert für unsere Politik eintreten. Wir alle müssen anpacken. Darum geht es jetzt und in den kommenden Monaten.

Euer
Bernd Neuendorf
Landesgeschäftsführer

**Wahlkampf
können wir!**



www.nrwspd.de

SPD stark vor Ort:

EINE MAHLZEIT FÜR EIN KIND

Aachener Juso-Schülergruppe hilft Kindern in finanzieller Not

„Wir können nicht hinnehmen, dass sich in einem der reichsten Länder der Welt nicht jedes Kind ein tägliches Mittagessen in der Schulmensa leisten kann“, erklärt Benjamin Fadavian, Vorsitzender der Juso-SchülerInnen des Unterbezirks Aachen-Stadt. Um daran etwas zu ändern, hat er zusammen mit seinen MitstreiterInnen in Aachen die Aktion „Eine Mahlzeit für ein Kind“ ins Leben gerufen.

Mit der Unterstützung verschiedener Organisationen – darunter auch die AWO – verkaufen die Juso-SchülerInnen für drei Euro kleine Ansteckpins, auf denen das Logo des Projekts abgebildet ist: Drei Kinder, die sich an den Händen halten, darunter das Motto „Eine Mahlzeit für ein Kind“. Unterstützt werden die SchülerInnen auch vom Aachener SPD-Oberbürgermeisterkandidaten Karl Schultheis, MdL, der die Schirmherrschaft für die Aktion übernommen hat.

Der Gewinn aus dem Verkauf der Ansteckpins fließt zweckgebunden in den von der SPD initiierten „Aachener Zukunftsfonds“, der Kindern in finanzieller Not ganz unbürokratisch Hilfe anbietet. Schülerinnen und Schüler, denen das Geld für ein Mittagessen in der Schulmensa fehlt, haben die Möglichkeit, spezielle Vertrauenslehrer an ihrer Schule anzusprechen. Sind die Vertrauenslehrer von der Bedürftigkeit des Schülers überzeugt, wenden sie sich an den Zukunftsfonds. Dieser übernimmt dann für das betroffene Kind die Kosten für eine tägliche Mahlzeit in der Schulmensa.

Die Idee für ihre Hilfsaktion bekam die SPD-Schülerschaft durch das Projekt eines gemeinnützigen Vereins aus Düren. Dieser führt 2008 die Aktion „Eine Mahlzeit für ein Kind“ durch. Als das Projekt im Dezember auslief, war für Projektkoordinator Florian Orthen klar: Wir Juso-SchülerInnen übernehmen den Staffelstab und führen die Aktion in ähnlicher Weise in Aachen weiter.



Wichtig ist den Aachener Juso-SchülerInnen, dass es um eines nicht geht: eine staatliche Aufgabe dauerhaft durch Spenden zu finanzieren. „Wir versuchen vielmehr akut zu helfen und die Öffentlichkeit für das Thema Kinderarmut in Deutschland zu sensibilisieren“, sagt der Vorsitzende Benjamin Fadavian.

Das Projekt ist bisher sehr erfolgreich. Durch den Verkauf der Ansteckpins haben es die Aachener Juso-SchülerInnen geschafft, ihre Aktion bekannt zu machen und sogar schon einige größere Spenden erhalten. Das Aachener Verkehrsunternehmen ASEAG spendete beispielsweise 300,- Euro, aber auch die Klasse 6A des Viktoria-Gymnasiums in Aachen gab 30 Euro aus der Klassenkasse. Ein toller Erfolg für eine tolle Aktion! ■

DIE NRWSPD GRATULIERT IM MÄRZ...

GELSENKIRCHENER KONFERENZ DER NRWSPD AM 13./14.03.2009

Am 13. und 14. März findet unsere diesjährige Gelsenkirchener Konferenz statt im

**Maritim Hotel,
Am Stadtgarten 1,
45879 Gelsenkirchen.
Beginn: 13.00 Uhr (13.03.09)
Ende: 13.00 Uhr (14.03.09)**

Die Veranstaltung ist nicht öffentlich, sondern richtet sich an unsere MandatsträgerInnen aus Europa, Bund, Land und Kommunen.

Hannelore Kraft, Vorsitzende der NRWSPD und SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag, wird um 13.00 Uhr die Konferenz eröffnen. Anschließend spricht der SPD-Kanzlerkandidat **Frank-Walter Steinmeier**.

Am Nachmittag werden wir uns mit dem Thema „Sozialdemokratische Politik für Europa“ beschäftigen. Dazu wird der SPD-Spitzenkandidat zur Europawahl, **Martin Schulz**, sprechen. Anschließend sind Diskussionsrunden mit Expertinnen und Experten geplant. Um 20.00 Uhr findet in der Zeche Oberschuir eine Abendveranstaltung statt.

Am 14. März wird die Veranstaltung um 9.00 Uhr mit der Gesprächsrunde „Arbeitsfähigkeit der Kommunen erhalten“ fortgesetzt. Gegen 11.00 Uhr wird der SPD-Parteivorsitzende **Franz Müntefering** zum Thema „Die SPD vor dem Superwahljahr“ sprechen. Anschließend wollen wir die Gelsenkirchener Erklärung 2009 verabschieden.

...ZUR LANGJÄHRIGEN MITGLIEDSCHAFT

60 Jahre Hella Chlebowski
Hildegard Ebert
50 Jahre Peter Assenmacher
Helga Levin
Georg Lührs
Karl-Heinz Michels
Heinz Ostmann
Rolf Picard
Joachim Seebohm
Josef Szostak
Inge Weinberg
Bernhardine Wüst

...ZUM GEBURTSTAG

103 Jahre Theo Wilhelmy
100 Jahre Else Becker
99 Jahre Lina Behrens
98 Jahre Jakob Hauck
Frieda Tütermann
Elli Döhling
97 Jahre Anna Glaubke
Hilde Röll
Walter Sunde
Josef Valpertz
96 Jahre Henny Roesener
Mathilde Grineisen
Hildegard von Raupach
95 Jahre Wilhelm Schmidt
Hans Schuett
Karl Reuter
Anna Seis
Otto Nebelsiek
Johanna Brueser
Elfriede Mohr



Jetzt bewerben für den WILHELM-DRÖSCHLER-PREIS

Mit dem Wilhelm-Dröschler-Preis zeichnet die SPD seit 1982 auf ihren Bundesparteitagen Projekte aus, die deutlich machen, dass Politik nicht im Hinterzimmer gemacht wird, sondern gemeinsam mit den Menschen gestaltet werden kann. Auf dem Hamburger Parteitag 2007 wurde ein Projekt aus NRW ausgezeichnet. Die Juso AG Hörde aus dem Unterbezirk Dortmund belegte mit ihrer Initiative „Jugend – Kultur und Politik“ den dritten Platz, der mit 1.000 Euro Preisgeld dotiert ist. Auch auf dem Dresdener Parteitag im November erhalten wieder Projekte und Initiativen die Gelegenheit, sich einer breiten Öffentlichkeit – innerhalb und außerhalb der SPD – vorzustellen und am Wettbewerb teilzunehmen.

Auf der Internetseite www.wilhelm-droeschler-preis.de könnt Ihr mehr zur Geschichte dieses traditionsreichen Wettbewerbs erfahren. Ihr findet dort auch die Kategorien, in denen in diesem Jahr die Preise verliehen werden und könnt Euch über gelungene Projekte informieren. Wir würden uns freuen, wenn viele Projekte aus Nordrhein-Westfalen sich bewerben. Die Ausschreibung und Informationen zum Bewerbungsverfahren findet Ihr ebenfalls auf der Internetseite. Die Bewerbung ist direkt beim Parteivorstand möglich, ein Kuratorium wählt die besten Projekte aus. Wir freuen uns, wenn Ihr auch dem Landesverband – per Mail an Dennis.Buchner@spd.de – Eure Bewerbung zur Kenntnis gebt, damit wir Euch unterstützen können und gute Beispiele innerhalb der Partei bekannt machen können. ■



© Marzanna Syncerz - Fotolia.com

Demografiekongress 2009 DEMOGRAFISCHER WANDEL: NEUE ANSPRÜCHE – NEUE BLICKWINKEL

Der demografische Wandel bedeutet für uns alle große Herausforderungen, aber auch Chancen. Wichtig ist, dass sich die Stadt der Zukunft der demografischen Entwicklung stellt und alten wie jungen Menschen gleichermaßen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bietet. Jeder einzelne sollte die Möglichkeit haben, sich mit seinen Kompetenzen und Erfahrungen einzubringen.

Unter dem Motto „Neue Ansprüche – Neue Blickwinkel“ veranstalten die NRWSPD und die SGK NRW eine gemeinsame Konferenz zum Thema „Demografischer Wandel“

**am 28.03.2009, 10.00 Uhr – 14.00 Uhr
im Messe und Congress Centrum, Halle Münsterland GmbH
Albersloher Weg 32, 48155 Münster.**

Hier wollen wir mit Praktikern/innen aus der Landes- und Kommunalpolitik, von Verbänden, Kirchen und Verwaltung das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln diskutieren. Die Veranstaltung beginnt mit einer Podiumsdiskussion. Anschließend wollen wir uns in vier unterschiedlichen Foren mit den folgenden Themenschwerpunkten auseinandersetzen:

- Demografie und Stadtentwicklung
- Alternde Gesellschaft: Pflege, Betreuung, Gesundheit
- Bürgergesellschaft und demografischer Wandel – freiwillig, ehrenamtlich, professionell
- Solidarität über Generationen hinweg: gemeinsam, gegeneinander, gar nicht?

Anmelden kannst Du Dich unter www.nrwspd.de/demografie. Hier findest Du auch weitere Details zur Veranstaltung.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Bernd Neuendorf, SPD-Landesverband NRW, Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf
REDAKTION: Julia Stöcklein | EMAIL: vorwaerts@nrwspd.de | INTERNET: www.nrwspd.de/vorwaerts